



Projektland: Jordanien, Libanon,
Syrien

Quartal/Jahr: Juli bis September 2009

1. Schlagzeilen:

1.1 Jordanien

Fortschritte im Aussöhnungs- und Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern lassen trotz zahlreicher intensiv geführter Gespräche weiter auf sich warten

Internationale Wirtschafts- und Finanzkrise wirkt sich zunehmend auf Jordanien aus

1.2 Libanon

Mehr als 100 Tage nach den Parlamentswahlen vom 07. Juni 2009 ist eine neue Regierung im Libanon noch immer nicht in Sicht

1.3 Syrien

Beziehungen zwischen Syrien und Irak auf neuem Tiefststand angekommen

2.1 Jordanien:

Das Tempo, das der 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Barack Obama, bereits zwei Tage nach seiner Amtseinführung mit der Ernennung des früheren demokratischen Senators George Mitchell zum Sonderbeauftragten für den Nahen Osten sowie der Erklärung, dass es die Politik seiner Regierung sein werde, „...aktiv und energisch einen dauerhaften Frieden zwischen Israel und den Palästinensern sowie zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn zu verfolgen“ (Reuters Mitteilungen vom 23. Januar 2009), vorgelegt sowie die zum Teil sehr deutlichen Worte, mit denen dieser Kritik an der israelische Siedlungspolitik geübt hat, ist in der Arabischen Welt überwiegend positiv aufgenommen worden. Während gemeinhin erwartet worden war, dass sich der neue amerikanische Präsident nach seinem Amtsantritt zunächst auf die Innenpolitik und hier vor allem auf die Wirtschaft konzentriert, hat dieser schneller als erwartet deutlich gemacht, dass er sich mit seinem angekündigten „Change“ nicht nur auf die Innenpolitik beschränken, sondern explizit auch die Außenpolitik in selbigen mit einzubeziehen gedenkt. Er hat damit in vielen Regionen der Welt - so auch im Nahen Osten - hohe Erwartungen in Bezug auf eine neue US-Außenpolitik geweckt.

Ein wesentlicher Grund für den bereits am 22. Januar 2009 erfolgten außenpolitischen Vorstoß von Präsident Obama dürfte in der damaligen militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und der palästinensischen Hamas im Gazastreifen zu sehen sein, wo am 18. Januar 2009, zwei Tage vor der Amtseinführung des neuen amerikanischen Präsidenten und nach 23 Tagen intensiver Kämpfe, eine zunächst einseitige Waffenruhe in Kraft getreten war. Der Nahostkonflikt und insbesondere dessen Kern, der israelisch-palästinensische Konflikt, sind so deutlich schneller in den Mittelpunkt US-amerikanischer (Außen-) Politik gerückt, als dies vermutlich zuvor geplant gewesen war.

Wenn man einmal von den wenigen Erfolgen der internationalen Nahost-Politik, dem unter der Schirmherrschaft von US-Präsident Jimmy Carter am 17. September 1978 unterzeichneten Camp David Abkommen und dem am 26. März 1979 zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin und dem ägyptischen Staatspräsidenten Anwar as-Sadat unterzeichneten Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten sowie dem unter der Schirmherrschaft von US-Präsident Bill Clinton am 26. Oktober 1994 zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Jitzjck Rabin und König Hussein von Jordanien unterzeichneten Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien, absieht, sind bisher alle Versuche gescheitert, den seit 60 Jahren andauernden israelisch-palästinensischen Konflikt (und die daraus resultierenden Folgekonflikte zwischen Israel und Syrien sowie zwischen Israel und dem Libanon) nachhaltig und friedlich beizulegen.

Was den frühen Vorstoß von US-Präsident Obama im Nahostkonflikt angeht, so hat dieser in der Arabischen Welt und hier insbesondere in Jordanien nicht nur für eine überaus positive Überraschung gesorgt, sondern auch Erwartungen und Hoffnungen geweckt (was angesichts der Tatsache, dass der vorherige US-Präsident George W. Bush den israelisch-palästinensischen Konflikt fast über seine gesamte Amtszeit hin weitgehend ignoriert hat, nicht wirklich überrascht). Gemessen an diesen Erwartungen sind die bisherigen Ergebnisse jedoch als bescheiden zu bezeichnen. Das Treffen zwischen US-Präsident Barack Obama, dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmoud Abbas am Rande der UN-Vollversammlung am 22. September 2009 in New York, in dessen Verlauf ursprünglich geplant gewesen war bekannt zu geben, dass die Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern im Rahmen einer bereits im November 2007 am Ende der Annapolis-Konferenz angekündigten Konferenz wieder aufgenommen werden, ist erst in letzter Minute und nur auf Drängen von US-Präsident Obama zustande gekommen. Die Gesichter aller an dem Treffen Beteiligten haben denn auch mehr als deutlich zum Ausdruck gebracht, dass der Weg hin zu neuen Friedensverhandlungen oder auch nur zu Friedensgesprächen noch weit ist. Von einer neuen Nahost- oder Friedenskonferenz war erst gar nicht mehr die Rede. Das als symbolisch zu bezeichnende Treffen in New York ist nicht zuletzt auch deshalb seinen Beitrag zur Lösung des Nahost-Konflikts schuldig geblieben, weil Israel in der Frage des Siedlungsbaus zu keinen substantiellen Zugeständnissen bereit gewesen war und wieder einmal erfolgreich auf Zeit gespielt hatte (gefordert war am Ende ein zeitlich befristeter Stopp des Siedlungsbaus als Voraussetzung für die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen). Während die neue US-Regierung so die harte Realität im Nahen Osten von Tag zu Tag mehr zur Kenntnis nehmen muss, dürfte beim US-Präsidenten zunehmend die Erkenntnis reifen, dass der Diskurs über Frieden im Nahen Osten zwar wichtig, noch wichtiger und entscheidend aber die reale politische Umsetzung vor Ort ist. An Letzterem wird die neue US-Regierung in der Arabischen Welt gemessen werden und gemessen an den Taten, die den aus arabischer Sicht anfänglich deutlichen Worten bisher gefolgt sind, fällt das Ergebnis - zumindest bis dato - nun einmal bescheiden aus.

In einem kleinen geschichtlichen Rückblick sei daran erinnert, dass es weniger als zwei Jahre zurückliegt, als der in der Arabischen Welt wegen seiner Außenpolitik wenig wohl gelittene frühere US-Präsident George W. Bush - der in den ersten acht Jahren seiner Präsidentschaft den israelisch-palästinensischen Konflikt weitgehend ausgeblendet hatte - zum Ende seiner zweiten Amtsperiode mit einer großen Nahost-Konferenz im amerikanischen Annapolis, an der Vertreter aus mehr als 50 Staaten teilgenommen haben, den Durchbruch zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konfliktes durch Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern hatte schaffen wollen. Das Annapolis am Ende nicht das hat halten können, was man sich zwar erhofft, realistischerweise aber nicht hatte erwarten können, liegt nicht zuletzt daran, dass man auch auf dieser Konferenz, und entgegen der ursprünglichen Ankündigung des damaligen US-Präsidenten, die wesentlichen Fragen wie die Zukunft der jüdischen Siedlungen im Westjordanland, die endgültigen Grenzen eines unabhängigen Staates Palästina, der Status Jerusalems und die Rückkehr der 1948 vertriebenen palästinensischen Flüchtlinge, ausgeklammert und die israelische Seite einmal mehr erfolgreich auf Zeit gespielt hatte (sowohl für US-Präsident Georg W. Bush als auch für Ministerpräsident Ehud Olmert stand bereits zum Zeitpunkt der Konferenz fest bzw. war absehbar, dass sie in wenigen Monaten von der politischen Bühne abtreten bzw. abtreten müssen. Insofern ist es nicht abwegig wenn man unterstellt, dass beide mit der Konferenz in Annapolis sich vor allem einen guten Abgang von der politischen Bühne verschaffen wollten, um nicht als Politiker in die Geschichte einzugehen, die nicht zumindest versucht haben, den Nahost-Friedensprozess wieder mit Leben zu erfüllen). So ist die Nahost-Konferenz in Annapolis im November 2007 als 'Gipfel der Halbherzigkeit' bzw. 'Gipfel der große Gesten und kleinen Erfolge' in die Geschichte eingegangen, von der heute kaum jemand mehr spricht. Das herausragende war denn auch die erstmalige Teilnahme Saudi-Arabiens (vertreten durch dessen Außenminister) und Syriens (vertreten durch dessen stellvertretenden Außenminister) an einer Konferenz diesen Zuschnitts, die sich jedoch beide mehr als Feigenblatt für 'theatralische Gesten' (Originalaussage des saudischen Außenministers) gesehen haben. Der ergebnislose Verlauf der Konferenz hat den damaligen russischen Außenminister Sergej Lawrow jedoch nicht davon abgehalten, für die in Moskau angedachte Friedenskonferenz vorzuschlagen, dass Syrien und Libanon 'als direkt in den arabisch-israelischen Konflikt verwickelte Staaten beteiligt werden'. Im Gegensatz zu der offiziellen diplomatischen Bewertung vieler Konferenzteilnehmer brachte ein in der deutschen Presse erschienener Artikel mit der Überschrift 'Annapolis - mehr Fototermin denn historischer Moment' die Bedeutung der Konferenz auf den Punkt. Eine Überschrift, die so auch in der arabischen Presse hätte stehen können und an die man sich, wenn man sich die Bilder vom 22. September 2009 in New York vor Augen ruft, zwangsläufig erinnert fühlt.

Noch im Januar 2008, kurz vor seiner damaligen Nahost-Reise und im Nachgang zu der im November 2007 stattgefundenen Nahost-Konferenz im amerikanischen Annapolis hat US-Präsident George W. Bush den israelischen Siedlungsbau als Hindernis für die Wiederaufnahme neuer Nahost-Friedensgespräche kritisiert und Israel aufgefordert, seiner Zusicherung, den Siedlungsbau zu stoppen, nachzukommen. Bei diesen Worten ist es letztlich aber auch geblieben. Auch diese Forderung klingt sehr ähnlich der, die Präsident Obama zu Anfang des Jahres 2009 gegenüber Israel erhoben hat (und auf deren Umsetzung in der Arabischen Welt nach wie vor gewartet wird). Der einzige Unterschied, der sich in Bezug auf den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern zwischen dem aktuellen und dem vorherigen US-Präsidenten bisher feststellen lässt, ist der, dass der aktuelle US-Präsident diesen Konflikt bereits zu Anfang seiner Amtszeit in den Vordergrund seiner Politik gerückt hat während sein Vorgänger sich dieses Themas erst zum Ende seiner zweiten Amtszeit angenommen hat. US-Präsident Obama verbleiben somit noch mindestens vier weitere Jahre, um mit allen Mitteln der Diplomatie

und unterstützt durch die Völkergemeinschaft auf eine friedliche Lösung des Konfliktes in Palästina hinzuwirken.

Bereits vor Monaten hat sich US-Präsident Obama mit der Forderung, dass Israel seine umstrittene Siedlungspolitik korrigieren und den Bau neuer Siedlungen uneingeschränkt sowie den Ausbau bestehender Siedlungen zumindest zeitlich befristet einstellen muss, weit aus dem Fenster gelehnt (in den israelischen Siedlungen, die in den 1967 besetzten Gebieten der Westbank und in Ost-Jerusalem liegen, leben aktuell rund 500.000 jüdische Siedler. Rund 300.000 davon auf dem Gebiet der Westbank sowie weitere 200.000 in Ost-Jerusalem). Die ungewöhnlich deutlichen Worte gegenüber Israel haben in der arabischen Welt ungeteilte Zustimmung gefunden und dem neuen US-Präsidenten viel Sympathie und einen Vertrauensvorschuss eingebracht, wenngleich zumindest den arabischen Staaten von Beginn an bewusst war, dass die gegenüber der israelischen Regierung erhobenen Forderungen wenn überhaupt, dann nur mit politischem und wirtschaftlichem Druck durchzusetzen sein dürften (in Bezug auf die Deutlichkeit der Forderungen der Amerikaner gegenüber Israel haben sich nicht wenige Beobachter bereits früh die Frage gestellt, ob sich die US-Regierung nicht der vermutlichen Notwendigkeit des Ausübens von politischem und/oder wirtschaftlichem Druck zur Durchsetzung der eigenen Forderungen bewusst war oder aber ob sie am Ende tatsächlich - trotz einer bekanntermaßen starken israelischen Lobby in der amerikanischen Gesellschaft und Politik - an den für die Durchsetzung ihrer Forderungen notwendigen Rückhalt in der Politik geglaubt hat). Die seit März 2009 im Amt befindliche israelische Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu war in Bezug auf einen Stopp des Ausbaus israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten in den zurückliegenden Monaten denn auch nur zu wenigen Zugeständnissen bereit. Man verlegte sich daher auf das, was man bereits in der Vergangenheit des Öfteren erfolgreich praktiziert hatte - man spielte auf Zeit. Einmal lehnte man einen Siedlungsstopp rundweg ab, dann erklärte man sich dazu bereit über einen Siedlungsstopp - zumindest in der Westbank - zu reden um im nächsten Augenblick dann aber wieder die Einschränkung zu machen, dass auch ein Siedlungsstopp in der Westbank nur den Bau neuer Siedlungen, auf keinen Fall aber den Ausbau bereits bestehender Siedlungen umfassen würde. Gleichzeitig sah sich US-Präsident Obama ganz offenbar außer Stande, den für eine verbindliche Zusage notwendigen Druck auf Israel auszuüben. Stattdessen setzte eine rege Reisetätigkeit des US-Sondergesandten George Mitchell in die Region ein, die an die verzweifelten Bemühungen der früheren US-Außenministerin Condoleezza Rice im Vorfeld der Annapolis-Konferenz erinnerte und deren Ergebnisse sich zumindest bisher nicht wesentlich unterscheiden. Während Israel den Status von Ost-Jerusalem sowie die dortigen Bauaktivitäten als nicht verhandelbar bezeichnete war bis zuletzt auch nicht der nachhaltige Wille erkennbar, in bereits bestehenden Siedlungen einen zumindest zeitlich befristeten Baustopp zu verfügen (im Gegenteil, zum wiederholten Mal hat die israelische Regierung im unmittelbaren Anschluss an entsprechende Ankündigungen bzw. Forderungen von Vertretern der US-Regierung - z.B. Außenministerin Condoleezza Rice in 2008, Präsident Barack Obama und Sonderbeauftragter George Mitchell in 2009 - mit der Genehmigung zum Bau neuer Häuser und Wohnungen reagiert). Israel hat es so dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas, der aufgrund der nach wie vor nicht beigelegten Streitigkeiten mit der im Gazastreifen regierenden Hamas ohnehin unter innenpolitischem Druck steht, geradezu unmöglich gemacht, in neue Friedensverhandlungen oder auch nur Friedensgespräche einzutreten. Dass die Politik der US-Regierung und damit auch der US-Präsident selbst durch das Vorgehen und Taktieren Israels dem Vorwurf der Unerfahrenheit und sogar Naivität ausgesetzt wurde, macht es für die weiteren Friedensbemühungen der US-Regierung im Nahen Osten sicher nicht leichter (die von einigen Beobachtern vertretene Auffassung, dass der neuen US-Regierung eine Lektion in Sachen 'Nahost-Friedenspolitik' erteilt und der von

israelischer Seite argwöhnisch zur Kenntnis genommene Vertrauensvorschuss, der dem neuen US-Präsidenten von vielen arabischen Staaten (noch) entgegengebracht wird, wieder auf ein für Israel erträglicheres Maß zurückgeführt werden sollte, ist insofern nicht ganz von der Hand zu weisen).

Angesichts der bisherigen Ergebnisse beginnt das der US-Regierung entgegengebrachte Vertrauen in der arabischen Welt so langsam in Ernüchterung umzuschlagen. Erste Zeitungen haben schon von Präsident Obama als der 'Lame Duck' geschrieben, dem es nicht gelungen ist, sich gegen die starke israelische Lobby in den USA durchzusetzen. Die an Saudi-Arabien herangetragene Bitte, mit vertrauensbildenden Maßnahmen gegenüber Israel den Friedensprozess von arabischer Seite befördern zu wollen (z.B. durch das Gewähren von Überflugrechten für die israelische Fluglinie El Al auf deren Flügen nach Asien), wurde mit dem Hinweis abgelehnt, dass es über die arabische Friedensinitiative des Jahres 2002 hinaus keine Normalisierung der Beziehungen zu Israel geben wird (im März 2002 hatte sich die Arabische Liga auf ihrem Gipfeltreffen in Beirut auf das Angebot einer Normalisierung der Beziehungen zu Israel, d.h. auf eine vollständige diplomatische Anerkennung des Staates Israel verständigt, wenn sich Israel im Gegenzug aus den 1967 besetzten Gebieten - inkl. Ost-Jerusalem - vollständig zurückzieht, der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf dem Gebiet des Gazastreifens, der Westbank und Ost-Jerusalems zustimmt und eine Einigung in Bezug auf die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge erzielt werden kann. Dieses Angebot hat die Arabische Liga auf ihrem Gipfeltreffen im April 2007 in Riad noch einmal erneuert. Auch wenn die einzelnen Punkte der arabischen Friedensinitiative sowie der daraus abgeleiteten Roadmap - letztere sah bereits für 2005 die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates vor und wird deshalb von vielen Beobachtern längst für tot erklärt, gleichwohl das Nahost-Quartett bestehend aus den USA, Russland, EU und UN offiziell weiter daran festhält - aktuell weniger denn je realistisch erscheinen, so gelten sie derzeit doch als aussichtsreichste Grundlage für die Aufnahme neuer Friedensgespräche im Nahen Osten). Der als kläglich gescheitert anzusehende Versuch, die arabischen Staaten zu Zugeständnissen gegenüber Israel zu bewegen und so von dieser Seite die begonnenen Friedensbemühungen zu beflügeln, wird von vielen Beobachtern als Eingeständnis dessen angesehen, dass die von den USA gegenüber Israel erhobenen Forderungen nicht durchgesetzt werden konnten - weder in ihrer Maximalforderung (vollständige und unbefristete Einstellung des Siedlungsbaus in den 1967 besetzten Gebieten, d.h. inkl. Ost-Jerusalems) noch in den daran anschließenden abgeschwächten Formen (z.B. zeitlich befristeter Stopp des Baus neuer Siedlungen bei gleichzeitiger Zustimmung zum Ausbau bereits bestehender Siedlungen und bei Nichtbetrachtung von Ost-Jerusalem).

In welchem Umfang und in welcher Form sich die USA angesichts der außenpolitischer Herausforderungen, denen sie sich in Afghanistan, Pakistan, Irak, Nordkorea und vor allem im Iran gegenüber sieht (insbesondere nach den jüngsten Mitteilungen über das Bestehen einer zweiten Nuklearanlage in der Nähe der heiligen Stadt Ghom, die u.a. durch die radikalislamisch ausgerichtete Theologieschule, an der Ayatollah Ruhollah Chomeini gelehrt hat, bekannt geworden ist, sowie den am 27. September 2009 durchgeführten Tests mit Raketen, die über eine Reichweite von bis zu 2.000 km verfügen und damit ohne Weiteres auch Israel erreichen können), künftig weiter im Nahen Osten engagieren werden, bleibt abzuwarten. Das darüber hinaus innenpolitische Themen, die vor allem die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und die angestrebte Gesundheitsreform zum Thema haben dürften, stärker in den Vordergrund dringen und die volle Aufmerksamkeit des US-Präsidenten fordern werden, scheint sicher. Nicht zuletzt stehen in 2010 in den USA auch noch Kongresswahlen an und die Unterstützung für Präsident Obama scheint seitens der Demokraten, wenn man letzten

Umfragen Glauben schenken darf, deutlich zu bröckeln. Wie auch immer das künftige Engagement und der Erfolg US-amerikanischer Außenpolitik im Nahen Osten auch aussehen werden, die von arabischer Seite verteilten Vorschusslorbeeren sind nahezu aufgebraucht und die mancherorts bestandene und teilweise als übertrieben zu bezeichnende Hoffnung bzw. Erwartung in Bezug auf eine baldige Lösung des Nahost-Konflikts ist der Realität des Alltags im Nahen Osten gewichen.

Inwieweit sich die Veränderungen der Rahmenbedingungen auf Jordanien, das die Hauptlast der palästinensischen Flüchtlinge zu tragen hat und sich immer wieder gegen Versuche, Jordanien zum Palästinenserstaat zu erklären zur Wehr setzen muss, auswirkt, ist aktuell nicht absehbar. Tatsache ist, dass man von jordanischer Seite große Hoffnung in und hohe Erwartungen an die von Präsident Obama angekündigte neue US-Außenpolitik hatte und nach wie vor auch hat, zumal es eine echte Alternative dazu nicht gibt (sowohl in Bezug auf den Nahost-Konflikt im Allgemeinen als auch auf den israelisch-palästinensischen Konflikt im Besondern). Während die jordanischen Kritiker amerikanischer Politik, die zuvorderst in den Reihen der jordanischen Muslimbruderschaft und ihrem politischen Arm, der Islamischen Aktionsfront, sowie in den Gewerkschaften und Berufsverbänden zu finden sind, wieder Auftrieb bekommen dürften, bleibt der jordanischen Staatsführung politisch wie wirtschaftlich keine andere Wahl, als auf einen Erfolg der Politik der USA und des Westens in der Region zu setzen und diese Politik nach Kräften zu unterstützen. Die jüngsten Entwicklungen im Irak sowie im Iran werden mit Sorge verfolgt, wobei in Bezug auf den Iran sich täglich mehr die bange Frage stellt, ob, wann und in welcher Form Israel auf die zunehmende Bedrohung durch den Iran reagiert.

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise trifft die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und den Staatshaushalt Jordaniens mit jedem Tag stärker. Auch wenn man diesbezüglich belastbare Zahlen nur sehr schwer bekommt, so kann diese Aussage doch ohne jede Einschränkung gemacht werden. Aufgrund der vielen einzelnen Faktoren, auf die in der Folge kurz eingegangen werden soll und die alle in diese Richtung weisen, muss ein Abstreiten dieses Sachverhaltes als ein Leugnen von Fakten bzw. als ein Verschließen der Augen vor den wirtschaftlichen, finanziellen und gesellschaftlichen Realitäten bezeichnet werden.

Die nicht zu widerlegende Faktenlage hat denn auch dazu geführt, dass die jordanische Regierung ihre über viele Monate aufrechterhaltene Aussage, dass Jordanien aufgrund seiner nur geringen Integration in die Weltwirtschaft von der Wirtschafts- und Finanzkrise nur am Rande berührt wird, aufgegeben hat. Bereits die Aussage, dass aufgrund des islamisch geprägten Bankenwesens ein Übergreifen der Finanzkrise auf Jordanien nicht zu befürchten ist, ist in dieser Form nicht zutreffend. Richtig ist, dass die Gesetzgebung und die Vorgaben der Zentralbank in Jordanien streng sind (und durch das vorgenannte islamisch geprägte Bankenwesen noch verschärft werden), doch hat auch das nicht verhindern können, dass auch in Jordanien die Banken seit dem Herbst 2008 zunehmend restriktiver Kredite vergeben haben und gegenwärtig ihr Geld praktisch nur noch an den jordanischen Staat, der ganz offenbar als vertrauensvollere Kreditnehmer als die Privat-Wirtschaft eingeschätzt wird und aufgrund des rapide steigenden Haushaltsdefizits immer stärker als Kreditnehmer im eigenen Land auftritt, verleihen. Die so entstandenen Liquiditätsengpässe in der Privatwirtschaft haben von einem Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten und hier vor allem in der Bauwirtschaft bis hin zu wirtschaftlichen Schieflagen in einigen Bereichen geführt. Durch das verstärkte Auftreten des jordanischen Staates als Kreditnehmer am jordanischen Kreditmarkt war es den Banken möglich, weiter ihren Geschäften nachzugehen und dabei sogar das Risiko von Verlusten, durch die Verlagerung des Schwerpunkts ihres Geschäftes von der Privatwirtschaft hin zum Staat, zu minimieren. Was der Staat bzw. die Zentralbank mit der einen Hand gegeben hat (durch das zweimalige, allerdings

halbherzige Senken der Kreditzinsen wollte man den Zugang der Privatwirtschaft zu Krediten erleichtern), hat sie mit der anderen Hand wieder genommen (durch die vermehrte Eigenaufnahme von Krediten im Inland). Die Aussage, dass der Staat durch die Senkung der Zinsen als (Haupt-) Kreditnehmer am meisten davon profitiert hat, ist daher nicht ganz von der Hand zu weisen. Während sich so der Staat zunehmend im Inland verschuldet hat, hat er gleichzeitig dringend in der Privatwirtschaft benötigtes Kapital absorbiert. Mit Blick auf die Staatsverschuldung Jordaniens ist festzustellen, dass sich die Auslandsverschuldung in den ersten sieben Monaten des Jahres 2009 geringfügig um 0,6% auf aktuell 3,6 Mrd. JOD (ca. 3,6 Mrd. Euro) verringert, im Gegenzug sich die Inlandsverschuldung aber deutlich um 12,8% auf aktuell 5,55 Mrd. JOD (ca. 5,55 Mrd. Euro) erhöht hat. Gegenüber dem Jahresende 2008 soll sich die Gesamtverschuldung bis Ende Juli 2009 um etwa 7% von 8,55 Mrd. JOD (ca. 8,55 Mrd. Euro) auf nunmehr 9,15 Mrd. JOD (ca. 9,15 Mrd. Euro) erhöht haben. Dies soll in etwa 56% des für 2009 erwarteten Bruttoinlandsprodukts (BIP) entsprechen. Auch wenn der Umfang der Verschuldung gemessen am BIP relativ gering erscheint (zumindest im Vergleich zu vielen europäischen Staaten), so gilt es doch zu bedenken, dass der jordanische Staat, dessen Handelsbilanz chronisch negativ ist und vermutlich auch auf geraume Zeit bleiben wird, nach den Privatisierungsmaßnahmen der zurückliegenden Jahre praktisch über kein 'Tafelsilber' mehr verfügt, dass er zur Reduzierung seiner Schuldenlast veräußern kann. Darüber hinaus ist mit Blick auf den Staatshaushalt festzustellen, dass auch dieser in den zurückliegenden Jahren jeweils nur durch mehr oder weniger umfangreiche ausländische Finanzhilfen geradeso ausgeglichen werden konnte, so dass auch hier steigende Zinszahlungen das Defizit noch weiter vergrößern. Es ist von daher nicht erkennbar, wie der jordanische Staat in der Zukunft seine Schulden im In- und Ausland zurückführen möchte, zumal bereits die aus den Schulden erwachsende Zinslast für den jordanischen Staatshaushalt eine Herausforderung darstellt.

In Bezug auf ausländische Finanzhilfen sind nur sehr wenige Informationen, die darüber hinaus stark differieren und deshalb nur begrenzt aussagekräftig sind, zu erhalten. Was die jordanische Regierung mitgeteilt hat ist, dass für 2009 offenbar ausländische finanzielle Zusagen in Höhe von rund 1,06 Mrd. US-Dollar (ca. 750 Mio. JOD bzw. 750 Mio. Euro) vorliegen, von denen wiederum rund ein Viertel (259 Mio. US-Dollar bzw. 180 Mio. JOD bzw. 180 Mio. Euro) als direkte Budgethilfen gewährt werden sollen (ein nicht bezifferter Teil der Gesamtzusagen soll hierbei als Kredit, der andere Teil als nicht rückzahlungspflichtiger Zuschuss gewährt worden sein). In Bezug auf die direkten Budgethilfen soll das ein Anstieg von 23% gegenüber dem Vorjahr sein. 40% dieser Budgethilfen sollen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres geflossen sein, der Rest wird für das III. und IV. Quartal 2009 erwartet. Im Zusammenhang mit diesen Angaben stellt sich die Frage, wohin und in welcher Form der verbleibende große Rest von 75% bzw. rund 750 Mio. US-Dollar (bzw. 525 Mio. JOD oder 525 Mio. Euro) fließt. Aussagen darüber wurden und werden grundsätzlich von offizieller Seite nicht gemacht, sodass Spekulationen Tür und Tor geöffnet ist. Des Weiteren ist im Zusammenhang mit den ausländischen Finanzhilfen interessant, dass diese offenbar nicht die 'Unterstützungs- bzw. Hilfsleistungen' einer Reihe arabischer Staaten enthalten. So hat Jordanien, nach Angaben des jordanischen Planungsministeriums, alleine aus Saudi-Arabien in 2008 Hilfsleistungen im Umfang von 600 Mio. US-Dollar (ca. 420 Mio. JOD bzw. 420 Mio. Euro) erhalten und für 2009 gibt es Berichte, die sogar von 800 Mio. US-Dollar (ca. 560 Mio. JOD bzw. 560 Mio. Euro) ausgehen. In welcher Form und an wen diese 'Hilfs- bzw. Unterstützungsleistungen' fließen, bleibt wieder der Spekulation eines jeden Einzelnen überlassen, da es auch hierzu keinerlei Informationen gibt (zumindest werden diese nicht öffentlich gemacht). Die zuständige Ministerin hat entsprechende Angaben nicht bestätigt, sie wollte aber auch nicht ausschließen, dass die Zahlungen für 2009 über denen des Jahres 2008 liegen. Insgesamt betrachtet ist so ein nicht unbeträchtlicher Teil ausländischen Geldes, das Jahr für Jahr nach Jordanien fließt und

das in nicht geringem Umfang auch wieder zurückbezahlt werden muss, den Augen der Öffentlichkeit entzogen ('Schattenhaushalt').

Was das jordanischen Haushaltsdefizit angeht, so soll sich dies nach den letzten offiziellen Angaben in 2009 auf rund 1,1 Mrd. JOD (ca. 1,1 Mrd. Euro) oder ca. 7% des für 2009 erwarteten Bruttoinlandsproduktes belaufen. Gemessen am Gesamthaushalt 2009, der aktuell mit 6,156 Mrd. JOD (ca. 6,156 Mrd. Euro) angegeben wird, würde dies einem Anteil von annähernd 18% entsprechen, der nicht durch eigene Einnahmen gedeckt werden kann. Zur Reduzierung seines Haushaltsdefizits wird Jordanien im IV. Quartal 2009 von der Weltbank einen Kredit in Höhe von 300 Mio. US-Dollar (ca. 210 Mio. JOD bzw. 210 Mio. Euro) zu so genannten weichen Konditionen, d.h. mit langer Laufzeit und niedrigen Zinsen, erhalten (zusätzlich zu den rund 259 Mio. US-Dollar bzw. 180 Mio. JOD bzw. 180 Mio. Euro aus den o.g. ausländischen Finanzhilfen, die als direkte Budgethilfe gewährt worden sein sollen). Der verbleibende Rest des Haushaltsdefizits wird vermutlich über eine erhöhte Verschuldung im Inland gedeckt werden müssen. Im Zusammenhang mit dieser Mitteilung wurde verlautbart, dass die ausländischen Finanzhilfen bis Ende Juli 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 65% zurückgegangen und die Staatseinnahmen um rund 10% gesunken sind. Die Erhöhung des Haushaltsdefizits wird ebenso wie die Erhöhung der Staatsverschuldung, der Rückgang der ausländischen Finanzhilfen und der Rückgang der Staatseinnahmen seitens des jordanischen Finanzministeriums auf die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise zurückgeführt. Nach Angaben des Finanzministeriums war diese Entwicklung zum Ende des Jahres 2008 bzw. zu Beginn des Jahres 2009, als der jordanische Haushalt für das Jahr 2009 aufgestellt wurde, noch nicht absehbar. Als Ursache des steigenden Haushaltsdefizits wird seitens des Finanzministeriums denn auch weniger der Anstieg der öffentlichen Ausgaben als der Rückgang der Staatseinnahmen gesehen (in diesem Zusammenhang versuchte der Sprecher des Finanzministeriums doch tatsächlich Glauben machen zu wollen, dass die öffentlichen Ausgaben in den ersten sieben Monaten des Jahres 2009 um rund 150 Mio. JOD zurückgegangen sind). Die beiden letzten Aussagen werden so vom Berichtersteller nicht geteilt, da sehr wohl bereits zum Ende des Jahres 2008 und spätestens zu Beginn des Jahres 2009 absehbar war, dass sich die wirtschaftliche Lage auch in Jordanien zunehmend verschlechtert und da es in der Folge dieser Entwicklung sehr wohl zu einem deutlichen Anstieg der Staatsausgaben gekommen ist (was nicht heißt, dass sich die Situation gegenüber der Prognose zu Jahresbeginn letztlich noch weiter verschlechtert hat und über die gestiegenen Staatsausgaben hinaus auch noch die Staatseinnahmen eingebrochen sind). Die Ursache für das dramatisch gestiegene Haushaltsdefizit ausschließlich mit nicht vorhersehbaren (welt-) wirtschaftlichen Entwicklungen und eingebrochenen Staatseinnahmen erklären zu wollen, erscheint dem Sachverhalt auf jeden Fall nicht gerecht zu werden.

Das Handelsbilanzdefizit soll sich nach offiziellen Angaben in den ersten sieben Monaten des Jahres 2009 um rund 27% verringert und Ende Juli 2009 auf umgerechnet ca. 3 Mrd. Jordanische Dinar belaufen haben (dies entspricht in etwa 50% des jordanischen Haushaltes für 2009). Während bisher lediglich über eine Reduzierung des Handelsbilanzdefizits durch den Rückgang der Importe und die Verbilligung von vor allem der Energieimporte (Gas, Öl) berichtet wurde, wurde mit Datum vom 16. September 2009 in der jordanischen Tagespresse (Jordan Times) erstmals darüber berichtet, dass in den Monaten Januar - Juli 2009 auch die Exporte und Re-Exporte um 15,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgegangen sind (von rund 3,1 Mrd. JOD auf 2,6 Mrd. JOD). Wenn nicht gleichzeitig der Wert der Importe, über den nicht berichtet worden ist, stärker zurückgegangen ist, hat der Rückgang des Wertes der Exporte tendenziell und absolut betrachtet zu einem Anstieg des Handelsbilanzdefizits geführt (was jedoch nicht zwangsläufig heißt, dass sich das Handelsbilanzdefizit, prozentual

betrachtet und verglichen mit dem Vorjahreszeitraum, nicht verringert haben kann). Rein rechnerisch ergeben sich aus den beiden vorgenannten Angaben für den Wert der Exporte und den Wert des Handelsbilanzdefizits Importe, die sich auf einen Umfang von 5,6 Mrd. Jordanischen Dinar (JOD) belaufen haben müssen. Was in diesem Zusammenhang verwundert ist, dass für das I. Quartal 2009 der Rückgang der Exporte lediglich mit rund 2,6 Mio. JOD beziffert worden ist und dieser sich nunmehr für die ersten sieben Monate des Jahres 2009 auf rund 500 Mio. JOD erhöht haben soll (aktueller Wechselkurs: 1,- JOD entspricht in etwa 1,- Euro). Dies wäre gleichbedeutend damit, dass mehr als 99% des wertmäßigen Rückgangs der Exporte (exakt 497,4 Mio. JOD) auf den Zeitraum April - Ende Juli 2009 entfallen.

An dieser Stelle sei noch einmal - wie schon in früheren Berichten - im Zusammenhang mit der Wiedergabe von Wirtschaftszahlen in den Berichten der Hinweis gegeben, dass die offiziellen Zahlen zur Entwicklung der jordanischen Wirtschaft oder des jordanischen Haushalts - sei es, weil sie entweder ungenau erhoben bzw. in der jordanischen Presse fehlerhaft wiedergegeben worden sind oder aber, weil mit diesen evtl. auch bewusst versucht wird, Politik zu machen - mit einer gewissen Zurückhaltung zu betrachten sind.

Als letztes soll noch kurz auf die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen in Jordanien eingegangen werden. Der Berichterstatter hatte bereits in der Vergangenheit des Öfteren seiner Auffassung Ausdruck verliehen, dass die von offizieller jordanischer Seite mitgeteilte Arbeitslosenquote in seinen Augen deutlich zu niedrig ist (wobei nicht im Detail bekannt ist, auf welcher Grundlage und nach welchen Kriterien in Jordanien Arbeitssuchende in die Arbeitslosenstatistik einfließen) und sich der tatsächliche Wert vermutlich eher in der Nähe des Doppelten des offiziell angegebenen Wertes bewegen dürfte. Ausgehend von dem offiziell mitgeteilten Wert von 12% zur Mitte des I. Quartals 2009 soll sich dieser bis zur Mitte des III. Quartals 2009 auf 14% erhöht haben (wobei vermutet wird, dass sowohl der Ausgangswert - siehe oben - als auch der Wert des Zuwachses höher liegen). Unterteilt nach Geschlechtern wird die Arbeitslosenquote unter Männern mit knapp 11% und unter Frauen mit rund 28% angegeben. Orientiert man sich am Niveau des Bildungsabschlusses, so soll die Arbeitslosenquote unter Akademikern beispielsweise bei etwa 19% liegen (Akademiker entspricht einem Universitätsabschluss 'Bachelor' oder höher). Gemessen am Schulabschluss sollen 56% der Arbeitslosen über einen höheren Abschluss (d.h. Level 2, Tawjihi, was 12 Schuljahre voraussetzt) und 43% über einen niedrigeren Abschluss (d.h. Level 1) verfügen (wobei lediglich 16% der berufstätigen Frauen nicht über mindestens einen Level 2 Schulabschluss verfügen sollen, während der entsprechende Wert bei Männern bei 57% liegen soll. In diesem Zusammenhang wurde auch mitgeteilt, dass knapp 50% der berufstätigen Frauen über einen akademischen Abschluss verfügen während der entsprechende Wert bei Männern bei lediglich 19% liegt). Lediglich ca. 1% der erfassten Arbeitslosen sollen Analphabeten sein. Nach Altersgruppen betrachtet, soll die Arbeitslosenquote in der Gruppe der 20- bis 39-jährigen mit 63% bei den Männern und 74% bei den Frauen am höchsten liegen. Zur Einordnung der vorgenannten Zahlen sei angemerkt, dass mehr als 70% der Bevölkerung Jordaniens unter 30 Jahre alt ist und jeder, der über den dafür notwendigen Schulabschluss verfügt und im Tawjihi die notwendige Punktzahl erreicht (i.d.R. sind das rund 30% eines Tawjihi-Jahrgangs), auf eine der privaten oder staatlichen Universitäten drängt. Als Berufsziel steht hierbei der öffentliche Dienst eindeutig an erster Stelle. Deshalb und auch, weil außerhalb des öffentlichen Dienstes nur in begrenzter Zahl Arbeitsplätze angeboten werden, die ein finanzielles Auskommen gewährleisten, ist der öffentliche Dienst in Jordanien weit über das notwendige Maß hinaus aufgebläht. Dies geht jedoch weder mit einer vielleicht zu erwartenden Effizienz desselben einher noch trägt es dazu bei, die Staatsausgaben in einem angemessenen Rahmen zu halten (ca. 60% des jordanischen Haushaltes verausgabt der Staat für sich selbst, und davon wiederum bis zu 80% für

Personalausgaben). Wenn man einmal die jüngste Einkommenserhebung in Jordanien, die von einem privaten Forschungsinstitut durchgeführt worden ist, betrachtet, so wird schnell deutlich, dass nicht nur das Streben nach einem sicheren Arbeitsplatz für den Staat als bevorzugten Arbeitgeber spricht. Das Ergebnis der vorgenannten Erhebung hat nämlich ergeben, dass vergleichbare Einkommen im öffentlichen Dienst (ohne die in manchen Bereichen des öffentlichen Dienstes noch zahlreichen Zusatzleistungen wie vergünstigte Einkaufsmöglichkeiten, kostenlose Krankenversicherung, Sonderzahlungen zu bestimmten Anlässen, zinsvergünstigte oder gar zinslose Darlehen etc.) im Durchschnitt um bis zu 50% höher liegen als in der Privatwirtschaft.

Während in den zurückliegenden Monaten überwiegend nur von einem moderaten Rückgang des jordanischen Tourismus in 2009 berichtet worden ist (einige Hotelbesitzer und Mietwagenverleiher bzw. Busunternehmer haben diesbezüglich bereits zu Jahresanfang anderes zu berichten gewusst), wurde im Vorfeld der Eid-Feiertage erstmals auch berichtet, dass die Buchungen für Reisen ins In- und Ausland gegenüber dem Vorjahr um 15-20% zurückgegangen sind. Als Hauptgründe wurden neben der so genannten 'Schweinegrippe' der deutliche Anstieg der Preise gegenüber dem Vorjahr sowie das für viele Beschäftigte schwieriger gewordene wirtschaftliche Umfeld genannt. In diesem Zusammenhang wurde auch von Preiserhöhungen von bis zu 20% gegenüber dem Vorjahr berichtet. Nach in den zurückliegenden Wochen geführten Gesprächen, beabsichtigen eine Reihe von Hotels auch in 2010 die Preise im zweistelligen Prozentbereich zu erhöhen, was in vielen Fällen jedoch nur sehr bedingt mit Verbesserungen der Standards in den Bereichen 'Service und Qualität' begründet werden kann.

Die Transferzahlungen von im Ausland tätigen Jordaniern (nach offiziellen Angaben leben und arbeiten rund 600.000 Jordanier im Ausland, wovon der überwiegende Teil auf die Golfstaaten entfallen soll. Rund 260.000 sollen hierbei in Saudi-Arabien, 250.000 in den Vereinigten Arabischen Emiraten, 42.000 in Kuwait und 27.000 in Katar in einem Beschäftigungsverhältnis stehen), d.h. deren Überweisungen nach Jordanien, sollen sich in 2008 auf rund 20% des damaligen Bruttoinlandsproduktes belaufen haben. Nachdem der Rückgang dieser Überweisungen nach Jordanien in den ersten vier Monaten des Jahres 2009 bei 3,4% gelegen haben soll, wird der Rückgang dieser Transferzahlungen für die ersten sieben Monate des Jahres 2009 nunmehr mit 3,7% angegeben. In absoluten Zahlen ausgedrückt entspricht dies in etwa einem Rückgang von rund 50 Mio. JOD (ca. 50 Mio. Euro), d.h. von 1,53 Mrd. JOD in 2008 auf 1,48 Mrd. JOD in 2009 (für die ersten sieben Monate). Was ein wenig verwundert ist, dass man auf Nachfrage zwar relativ genau mitgeteilt bekommt, wie viele Jordanier wo im Ausland leben bzw. arbeiten, dass man sich von offizieller Seite aber nicht im Stande sieht, Auskunft dahingehend zu erteilen, in welchem Umfang seit Beginn des Jahres 2009 Jordanier aus dem Ausland, und hier vor allem aus den Golfstaaten, nach Jordanien zurückgekehrt sind (weil sie dort aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise möglicherweise ihren Arbeitsplatz verloren haben). Den Rückgang der Transferzahlungen erklärt man vielmehr ganz allgemein mit 'vielen Faktoren', wobei man auf weiteres Nachfragen dann noch ganz allgemein die Auskunft erhält, dass dies natürlich auch auf das schwieriger gewordene wirtschaftliche Umfeld, aber auch auf eine geänderte jordanische Finanzpolitik (?) sowie die Tatsache, dass eine Reihe von Jordaniern aufgrund niedriger Zinsen in Jordanien ihr Geld lieber im Ausland anlegen, zurückzuführen ist. Ganz am Ende wird dann gerade noch eingeräumt, dass natürlich eine Reihe von im Ausland Beschäftigten aufgrund des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes auch Arbeitsverhältnisse eingegangen sind, die eine mehr oder weniger deutlich niedrigere Vergütung als in den Vorjahren vorsehen (dies alles weiß man bzw. glaubt man zu wissen). Wie dem auch sei, verlässliche Zahlen dahingehend, ob und in welcher Zahl bisher im Ausland und hier überwiegend in den Golfstaaten beschäftigt

gewesene Jordanier nach Jordanien zurückgekehrt sind, sind aktuell nicht zu erhalten. Die in einem Gespräch einmal genannte Zahl von 800, scheint in diesem Zusammenhang nicht wirklich fundiert zu sein.

2.2 Libanon:

Nach dem im II. Quartal 2009 das alles beherrschende Thema die Wahl zum libanesischen Parlament, die am 07. Juni 2009 stattgefunden hat, gewesen war, hat sich das politische Interesse im III. Quartal 2009 im Wesentlichen darauf gerichtet, wie lange es jetzt dauert, bis eine neue libanesische Regierung vereidigt werden kann.

Am 27. Juni 2009 hatte der libanesische Staatspräsident Michel Suleiman den Führer der stärksten Partei, Saad Hariri vom konservativen, sunnitisch dominierten Future Movement, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.

Um es vorwegzunehmen - die Vereidigung einer neuen libanesischen Regierung ist auch mehr als 100 Tage nach der Wahl nicht absehbar und hängt neben den Rivalitäten zwischen den beiden Blöcken des '08. März' (pro-syrisch mit der schiitischen Hisbollah- und der schiitischen Amal-Bewegung von Hassan Nasrallah bzw. Nabih Berri sowie einem Teil der christlichen Maroniten um Michel Aoun an der Spitze) und des '14. März' (pro-westlich mit dem sunnitischen Future Movement von Saad Hariri, den muslimischen Drusen um Walid Dschumblatt sowie dem anderen Teil der christlichen Maroniten um Samir Geagea an der Spitze) zu einem nicht geringen Teil auch von einer Reihe ausländischer Akteure ab, von denen Saudi-Arabien und Syrien an erster Stelle zu nennen sind und die im Hintergrund offenbar eigene und vor allem unterschiedliche Ziele zu verfolgen scheinen.

Nach dem man sich zwischen den rivalisierenden Blöcken relativ schnell darauf verständigt hatte, dass 15 der 30 zu vergebenden Ministerposten (die Bundesrepublik Deutschland, die von der Einwohnerzahl her rund 20 mal und von der Fläche her rund 35 mal größer ist als der Libanon, leistet sich gerade einmal die Hälfte der Zahl der Ministerien wie der Libanon, aber auch wie Jordanien und Syrien) durch die Allianz des '14. März' (die mit 71 Sitzen die deutliche Mehrheit der 128 Sitze im libanesischen Parlament gewonnen hatte), 10 Ministerposten durch die Allianz des '08. März' (die 57 Sitze bei den Wahlen im Juni 2009 errungen hatte) und die verbleibenden 5 Ministerposten durch den libanesischen Staatspräsidenten Michel Suleiman vergeben werden sollen, kam es in der Folge bei der Besetzung der einzelnen Ministerposten zu bisher nicht überbrückbaren Differenzen, bei denen es bisher vor allem darum ging, wem die Besetzung so wichtiger Ministerien wie des Außen-, Finanz- und Innenministeriums zufallen soll. Insbesondere der christlich-maronitische Oppositionsführer Michel Aoun hat in den bisher geführten Gesprächen eine Reihe von Forderungen gestellt, die der von Staatspräsident Michel Suleiman mit der Regierungsbildung beauftragte Saad Hariri bisher nicht zu erfüllen bereit war (u.a. verlangte Aoun für seine Partei, das 'Free Patriotic Movement - FPM', das so wichtige Innenministerium sowie ein weiteres der vorgenannten Schlüsselministerien, vier der den christlichen Maroniten zustehenden sieben Ministerämter und darüber hinaus, dass sein Schwiegersohn, der dem vorherigen Kabinett als Telekommunikationsminister angehört hat, wieder als Minister dem neuen Kabinett angehört).

Am 07. September 2009 hat Hariri dem libanesischen Staatspräsidenten seinen Kabinettsvorschlag überreicht, bei dem er sich an den vorgenannten 15-10-5 Konsens gehalten hatte. Unter anderem soll dieser Vorschlag zwei Ministerämter für die muslimische Hisbollah vorgesehen haben. Noch bevor Hariri seinen Kabinettsvorschlag dem libanesischen Staatspräsidenten überreichen konnte, haben sich erste Führer des

Oppositionsbündnisses '08. März' bereits von dessen Vorschlag distanziert. Auch hier hat sich das 'Free Patriotic Movement - FPM' von Michel Aoun wieder besonders hervorgetan in dem es betonte, dass Hariri bei seinem Kabinettsentwurf die Rechte der Minderheit bzw. der Opposition nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt hat. Nachdem die Opposition (Hisbollah, Amal und Maroniten geschlossen) sich am 08. September 2009 auch offiziell gegenüber dem libanesischen Staatspräsidenten von dem Kabinettsvorschlag Hariris distanziert hat, hat Hariri am 10. September 2009 den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung an den Staatspräsidenten zurückgegeben.

Am 16. September 2009 hat der libanesischer Staatspräsident, nachdem er zuvor mit allen Parteien Gespräche geführt hatte, Hariri zum zweiten Mal mit der Bildung einer neuen libanesischen Regierung beauftragt. Im Gegensatz zur ersten Nominierung, bei der Hariri noch die Unterstützung der Amal-Bewegung hatte (Hisbollah und FPM hatten schon damals Hariri als neuen Regierungschef abgelehnt, wobei das Amt des libanesischen Ministerpräsidenten nach dem konfessionellen Proporz im Libanon einem Sunniten zufällt), wurde ihm diese jetzt nicht mehr zuteil. Es war dies ein Zeichen mehr, dass sich der Riss zwischen den beiden Blöcken offenbar wieder vergrößert hatte (dieser Riss konnte erst im Mai 2008 mit dem Abkommen von Doha / Katar mühsam gekittet werden). Im Hintergrund spielte hierbei auch das wieder kühler gewordene Verhältnis zwischen Syrien und Saudi-Arabien ein Rolle, da der saudische König einen seit längerem angekündigten Besuch in Syrien zum wiederholten Mal verschoben hat. Unter Beobachtern wird davon ausgegangen, dass solange das Verhältnis zwischen Syrien und Saudi-Arabien nicht geklärt ist, sich die Bildung einer neuen Regierung im Libanon weiter hinziehen wird. Unter diesem Gesichtspunkt gibt es daher aktuell Befürchtungen, dass der frühere Konflikt zwischen Syrien und Saudi-Arabien, der sich bereits auf einem guten Weg der Entspannung befunden hatte, wieder aufbricht, und sich - wie bereits in der Vergangenheit - neuerdings negativ auf die libanesischer Politik auswirkt.

Dadurch, dass der syrischer Staatspräsident Bashar Assad am 23. September 2009 in Thuwal in Saudi-Arabien an der Eröffnungszeremonie der neuen König Abdullah Wissenschafts- und Technologie Universität KAUST (King Abdullah University of Science and Technology), die nach dem Vorbild des renommierten Massachusetts Institute of Technology (MIT) entstanden ist und erstmals in Saudi-Arabien sowohl Männern wie Frauen offen steht, teilgenommen, und am Rande dieser Veranstaltung auch Gespräche mit dem noch amtierenden libanesischen Ministerpräsidenten Fouad Siniora sowie König Abdullah von Saudi-Arabien geführt hat, wird von vielen gehofft, dass sich die Bildung der neuen Regierungsbildung im Libanon vielleicht doch noch in absehbarer Zeit realisieren lässt.

2.3 Syrien:

In den vorangegangenen Berichten wurde wiederholt von den als hoffnungsvoll zu bewertenden Anzeichen einer vorsichtigen Annäherung Syriens sowohl an den Westen als auch an seine unmittelbaren Nachbarn Libanon und Irak berichtet.

Wie bereits unter Ziffer 2.2 geschrieben, ist diese Entwicklung, was Saudi-Arabien betrifft und für die politische Stabilität des Libanon von großer Bedeutung ist, in den zurückliegenden Monaten ins Stocken geraten.

Regelrecht abgekühlt sind hingegen die Beziehungen zwischen Syrien und dem Irak, die sich im 1. Halbjahr 2009 noch überaus positiv entwickelt hatten. Ursache für das deutlich abgekühlte Verhältnis beider Staaten sind die beiden Anschläge vom 19. August 2009 auf das Außen- und Finanzministerium in Bagdad, denen mehr als 100 Menschen zum

Opfer gefallen sind. Die Anschläge erfolgten nur einen Tag nach der Rückkehr des irakischen Premierminister Nuri al-Maliki aus Damaskus, wo dieser der syrischen Seite eine Liste mit irakischen Namen übergeben hatte, die aus irakischer Sicht mit Anschlägen im Irak in Verbindung gebracht werden. Nur wenige Tage zuvor war es zwischen Vertretern Syriens und der USA in Damaskus zu Konsultationen wegen Sicherheitsproblemen an der syrisch-irakischen Grenze gekommen. Die irakische Regierung sieht seit längerem ehemalige Anhänger des gestürzten irakischen Staatschefs Saddam Hussein, die nach dessen Sturz im Jahre 2003 nach Syrien geflohen sind, als Urheber dieser Anschläge. Schon seit längerem wird Syrien seitens der USA und dem Irak vorgeworfen, dem Al-Qaida Netzwerk nahe stehenden Terrorgruppen, die von Syrien aus im Irak Anschläge verüben, als sicheres Rückzugsgebiet zu dienen. Nach den jüngst erhobenen Vorwürfen des irakischen Premierministers Nuri al-Maliki gegenüber Syrien, sind die diplomatischen Beziehungen beider Länder wieder auf dem Nullpunkt angekommen. Seit beide Länder ihre Botschafter zurückgerufen haben lässt der irakische Premierminister fast keinen Tag verstreichen, an dem er nicht neue Vorwürfe gegenüber Syrien erhebt. Selbst der stellvertretende US-Präsident Joe Biden hat anlässlich seines Besuches am 15. September 2009 in Bagdad versucht, zu einer Beruhigung der Lage zwischen beiden Ländern beizutragen, nachdem zuvor bereits ein entsprechender Versuchs Ägyptens und der Türkei gescheitert war.

Noch im April 2009 hatte der syrische Premierminister Mohammed Naji Otri - zusammen mit mehreren syrischen Ministern - dem Irak einen offiziellen Besuch mit dem Ziel abgestattet, die gegenseitigen Beziehungen weiter zu verbessern. Syrien und der Irak haben über 725 km eine gemeinsame Grenze, in deren Verlauf es seit dem Einmarsch der USA in den Irak in 2003, immer wieder zu Grenzverletzungen gekommen war. Hintergrund ist, dass nach dem Sturz des irakischen Präsidenten Saddam Hussein im Jahre 2003 eine große Zahl seiner Anhänger, die wie er selbst Angehörige der irakischen Baath-Partei waren, nach Syrien geflohen sind. In der Folge hat sich Syrien seitens des Irak und der USA immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert gesehen, Aufständischen aus dem Irak, die zudem dem Al-Qaida Netzwerk nahe stehen sollen, als Rückzugsgebiet zu dienen und diesen Unterschlupf zu gewähren. Trotz dieser Spannungen hatte der Irak im Februar 2009 - zum ersten Mal seit 28 Jahren - wieder einen Botschafter für Syrien ernannt und auch nach Damaskus entsandt (die diplomatischen Beziehungen waren 1980, nachdem Syrien den Irak für Unruhen in Damaskus verantwortlich gemacht hatte, abgebrochen, und erst im November 2006 wieder aufgenommen worden. Darüber hinaus hatte Syrien im Iran-Irak-Krieg, der acht Jahre gedauert hat, den Iran unterstützt. Syrien und Irak wurden zu dieser Zeit von zwei rivalisierenden Fraktionen der Baath-Partei regiert).

Seit kurzem werden immer mehr Stimmen - sogar aus der schiitischen Führung des Irak - laut, die es für durchaus möglich halten, dass der irakische Premierminister für die in den letzten Wochen (nach dem Rückzug der US-Amerikaner aus den irakischen Städten) deutlich verschlechterte Sicherheitslage nach einem Schuldigen sucht, und damit von eigenen Versäumnissen abzulenken versucht (zumal sich eine Al-Qaida Gruppe aus dem Irak zu den Anschlägen vom 19. August 2009 bekannt hat und die sich in Syrien befindlichen Anhänger der irakischen Baath-Partei sich ausdrücklich davon distanzieren haben). Ungewöhnlich ist in diesem Zusammenhang auch - und das sagt gleichzeitig viel über das aktuelle politische Verhältnis der Parteien im Irak untereinander aus -, dass der irakische Premierminister, der Schiite ist, sogar von seinem eigenen (kurdischen) Präsidenten, Jalal Talabani, sowie dessen beiden Stellvertretern, Adel Abdul-Mahdi (Schiite), und Tariq al-Hashemi (Sunnite), wegen seines ungewöhnlich scharfen und undiplomatischen Vorgehens gegenüber Syrien getadelt, und sogar öffentlich zu mehr Besonnenheit aufgefordert worden ist. Maliki scheint hingegen mit

seinen Anschuldigungen gegen Syrien nicht klein begeben zu wollen, hat er doch die Vereinten Nationen um eine Untersuchung der Anschläge in Bagdad gebeten (wohl wissend, dass sich Syrien jahrelang gegen einen UN-Untersuchungsausschuss wegen der Ermordung des früheren libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri gewehrt hat).

Beobachter der irakischen Szene vertreten denn auch die Auffassung, dass Maliki mit seinen Angriffen gegenüber Syrien in erster Linie von eigenen Versäumnissen, was die Gewährleistung der Sicherheit im Irak angeht, ablenken möchte, und hierbei Syrien als ideales Ablenkungsziel auserkoren hat. In der Presse wird dieses Vorgehen ganz unverblümt als Versuch, '...eigene Versäumnisse zu exportieren', bezeichnet. Gleichzeitig wird dieses Vorgehen aber auch als Spiel mit dem Feuer bezeichnet, da die Angriffe auf Syrien Damaskus wiederum die Sympathie Saudi-Arabiens und Ägyptens - beides Verbündete der USA - einbringen könnte, die beide Maliki nie wirklich getraut haben. Die Angriffe gegen Syrien könnten so schnell als Bumerang zu dem irakischen Premierminister zurückkehren, da dieser nie ernsthaft die Verwicklung Syriens in die Anschläge vom 19. August 2009 geprüft hat und mit seinen Anschuldigungen gegenüber Syrien weitgehend alleine da steht.

Amman, den 30. September 2009

Thomas Gebhard

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: THOMAS GEBHARD, PROJEKTLEITER JORDANIEN, LIBANON, SYRIEN
LAZARETTSTRASSE 33 - 80636 MÜNCHEN -
TEL.: +49 (0)89 1258-0 - FAX: +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE - HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT AM: 30. SEPTEMBER 2009